

In der vorliegenden Form vom Parteitag einstimmig verabschiedet.



Resolution der SP Aargau zur Wirtschaftskrise

Die aktuelle Krise hat schon lange aufgehört, nur eine eingeschränkte Wirtschaftskrise, geschweige denn eine auf die Finanzmärkte beschränkte Krise zu sein. Sie ist vielmehr die Krise des gesamten, neoliberalen Wirtschaftssystems. Dieses System des „jeder gegen jeden“ und „all you can eat“ muss ein Ende haben. Die Politik muss das Primat über die Wirtschaft wieder übernehmen. Wir sind nicht länger bereit, die Folgen eines verfehlten Systems, das nur einige Wenige reich macht, auf die Allgemeinheit abzuschieben. Die SP Aargau ist überzeugt, dass es die zentrale Aufgabe der Politik ist, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue, nachhaltige Arbeit in zukunftsgerichteten Bereichen für alle Menschen zu schaffen. Für den Kanton Aargau bedeutet dies in der aktuellen Lage insbesondere, dass er KMU in schwierigen Situationen unterstützen und in nachhaltige Wirtschaftsbereiche – beispielsweise erneuerbare Energien – investieren muss.

Die SP Aargau hat im Krisenjahr bereits drei konkrete Projekte gestartet:

1. Kinder in Familien mit schwierigen finanziellen Verhältnissen müssen besonders unterstützt werden. Die **Kinderbeihilfen-Initiative der SP Aargau** zeigt den Weg dazu auf. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten werden Familien mit tiefen Einkommen stark belastet. Sorgen wir dafür, dass alle Kinder eine echte Chance auf ein Leben bekommen, das sie verdienen. Sparen wir nicht am falschen Ort!
2. Die Aargauer Politik soll sich nicht daran machen, Volkseigentum wie die Aargauische Kantonbank (AKB) zu verscherbeln. **Die SP-Initiative für eine sichere Kantonbank (AKB-Initiative)** schiebt solch kurzfristigen Vorhaben einen Riegel. Die AKB bleibt auch in Zukunft die Bank aller Aargauerinnen und Aargauer.
3. Die SP-Initiative **für eine sichere und nachhaltige Energiepolitik (AEW-Initiative)** will, dass die AEW-Energie AG nicht aus kurzfristigen finanzpolitischen Überlegungen an Private verkauft wird – dieser Entscheidung gehört in die Hand des Volkes. Für die Energiepolitik im Aargau sollen nicht die Interessen von privaten Aktionären nach möglichst grossem Profit ausschlaggebend sein.

Die SP Aargau fordert, ...

- dass Kanton und Gemeinden sofort ein **Programm zur Förderung von energetischen Gebäudesanierungen** lancieren, denn solche Investitionen in die Zukunft schaffen **Arbeitsplätze**. Die öffentliche Hand muss in diesem Bereich vorangehen.
- dass dem Grossen Rat nun endlich ein **Massnahmenpaket zur Konjunkturstützung** vorgelegt wird, welches diesen Namen auch verdient. Darin vorzusehen sind Massnahmen, die **einerseits die Arbeitsplätze und die Kaufkraft der Bevölkerung, andererseits die Arbeitsmarktintegration sichern**, insbesondere damit die Gemeinden durch eine Erhöhung der **Sozialbezügerquote** mittelfristig nicht in finanzielle und personelle Bedrängnis geraten. Zudem sollen die Möglichkeiten der **Krankenkassenprämien-Verbilligungen** voll ausgeschöpft und ausserordentlich um mindestens **20% erhöht** werden.
- dass sowohl die **Firmen im Aargau** als auch die **öffentliche Hand** als Arbeitgeberin ihre **solidarische und sozialpartnerschaftliche Verantwortung** auch in einer Krise vorbildlich leben. Dazu gehört aus Sicht der SP Aargau auch, **genügend Lehrstellen** anzubieten, **LehrabgängerInnen weiter zu beschäftigen**, die Einführung eines **Lehrstellenfonds**, die Einführung von **Bildungsgutscheinen** für LehrabgängerInnen, **keine Lohnsenkungsrunden** durchzuführen, die **Mindestlöhne zur Stärkung der Kaufkraft gesamthaft anzuheben** und die **Lohnungleichheit von Mann und Frau** umfassend zu gewährleisten.
- dass die Aargauische **Kantonbank** (AKB) ihre **volkswirtschaftliche Verantwortung** wahrnimmt und durch ihre Kreditvergabepolitik nicht die Rahmenbedingungen für KMU-Betriebe zusätzlich verschärft.
- dass **keine weiteren Steuersenkungsrunden** zum Vorteil von Reichen und Grosskonzernen durchgeführt werden, dass die **aargauische Schuldenbremse deaktiviert** wird (diese wirkt in einer Krise als Konjunkturkiller) und dass sich **Gemeinden und Kanton in der Krise antizyklisch verhalten**.
- dass der Aargauer Regierungsrat aufzeigt, welche zusätzlichen konkreten **Massnahmen im Bereich der Gewaltprävention** ergriffen werden. In wirtschaftlichen Krisenzeiten nimmt die Gewaltbereitschaft durch Perspektivlosigkeit, Zunahme des Drogenkonsums oder Veränderungen in den Familienstrukturen zu.

¹ Die SP Aargau ist auch in diesem Punkt ein glaubwürdiger politischer Partner: Sie hat per August 2009 im Parteisekretariat eine neue Lehrstelle eingerichtet.